



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/13

16. Januar 1950

G l a t t e r V e r l a u f

sp. Der Dreitagesbesuch des französischen Außenministers Schuman in Deutschland hat sicher dazu beigetragen, die deutsch-französische Atmosphäre zu verbessern. Es sind in Bonn keine festen Vereinbarungen getroffen worden, was auch nicht beabsichtigt war. Aber man kann aus den Äußerungen der Beteiligten, auf deutscher Seite auch soweit sie nicht zur Regierung gehören, den Eindruck haben, es sei alles, wie man zu sagen pflegt, glatt abgelaufen.

Der Kern ist wohl der Hinweis Schumans, dass die endgültige Regelung des Saarproblems im Friedensvertrag erfolgen werde. Das gilt für alle Fragen, die damit zusammenhängen. Wenn in der Zwischenzeit weiter über praktische Einzelentscheidungen verhandelt wird - und die französische Regierung ist gewillt, das zu tun - so ist der provisorische Charakter solcher Verhandlungen bestätigt. Von Bedeutung war die weitere Feststellung, das Saarproblem dürfe auf keinen Fall ein Hindernis für die deutsch-französische Verständigung sein. Mit diesen beiden Maximen ist zweierlei erreicht: die Chance für eine ehrliche Lösung, einem Status auf Dauer, der nicht, wie jede Gegenwartsregelung, unter der Belastung opportunistischer Motive zu leiden hätte.

Andererseits ist auch klar geworden, dass die französische Regierung einstweilen auf der Linie ihrer bisherigen Saarpolitik fortzufahren gedenkt. Das bedeutet Beibehaltung der engen Zusammenarbeit zwischen ihr und der Saarregierung. Der nachdrückliche Hinweis Schumans auf Saarstatut und Saarverfassung und damit, unausgesprochen, ihre unbedingte Legitimität, war bezeichnend. Die deutsche Einstellung weicht von dieser Auffassung ab. Das ist mehrfach zum Ausdruck gekommen, nicht nur auf sozialdemokratischer Seite. Deshalb ist man in Westdeutschland selbstverständlich noch wie vor der Meinung, dass eine Saarautonomie abzulehnen sei und dass auch Verhandlungen über das Schicksal der Saargruben nicht zwischen der französischen und der Saar-, sondern zwischen der französischen und der Bundesregierung

geführt werden sollten. Ob das geschehen wird, ist eine andere Frage.

Es wäre falsch, aus dem glatten Verlauf des Schuman-Besuches und der Verbindlichkeit der Gespräche des französischen Gastes in Deutschland übertrieben optimistische Schlussfolgerungen zu ziehen. Einmal wird jedes fait accompli der Zwischenzeit die endgültige Lösung im Friedensvertrag erschweren. Zum anderen haben die Kreise in Frankreich nach wie vor grosses Gewicht, die in der Saar sozusagen die einzig wertvolle Entschädigung für die Verluste des Krieges sehen. Ein Verzicht in der Saarfrage würde nach dieser Auffassung das französische Volk in dem von gewissen Politikern absichtlich geförderten Glauben bekräftigen, das Land habe wieder einmal einen Krieg gewonnen und einen Frieden gründlich verloren.

Aber es macht andererseits der französischen Wirtschaft immer grössere Schwierigkeiten, das Saarobjekt wirklich vorteilhaft auszuwerten. Die französische Industrie beginnt, der auf dem Binnenmarkt stärker fühlbar werdenden Saarkonkurrenz gegenüber recht bedenklich zu werden. Sie erwägt bereits Gegen- und Schutzmassnahmen, da in verschiedenen Zweigen eine kritische Lage entstehen könnte. Vorläufig sieht man die Lösung in der Ausfuhr des Grossteiles der Saarproduktion nach Deutschland, eine etwas illusionäre Lösung, solange die Fabrikannten der Saar ihre Waren auf dem ihnen vorbehaltlos geöffneten französischen Binnenmarkt absetzen können. Auch die Saarkohle ist kein reiner Gewinnmehr, denn es besteht bereits ein in Frankreich unverkäuflicher Überschuss von jährlich drei Millionen Tonnen verhältnismässig schwer absetzbarer zweitklassiger Fettkohle.

Eine Lösung des Saarproblems, die diesen Vätern voll verdient, i. h., die den Wünschen und Bedürfnissen aller drei Beteiligten, der Saarbevölkerung sowie Deutschland und Frankreich, Rechnung trägt, ist sehr schwer, aber sie ist unerlässlich als Voraussetzung für eine deutsch-französische Verständigung. Der Versuch dazu darf also nicht aufgegeben werden. Der Besuch des französischen Aussenministers war ein wertvolles Stück dieser Bemühungen.

Geburtswehen des österreichischen Heeres

-n-, Wien, im Januar

Dem neuzugründenden österreichischen Staate haben die Alliierten während des Krieges auch eine Wehrmacht zgedacht. Damals dach-

ten die Alliierten zunächst an eine Verteidigung Österreichs gegen ein etwa in ferner Zukunft angriffslustiges Deutschland. In kaum

fünf Jahren hat sich die Situation wesentlich geändert. Der westliche Nachbar wird, so hofft man in vernünftigen, österreichischen

Kreisen, wieder zum Freund werden. Aber die "Volksdemokratien" haben eine wahre Zange um die zweite österreichische Republik geschmie-

det. Wenn auch die Gefahr für Kärnten infolge Abschwenkens der slovenischen "Osvoboditelna fronta" ("Befreiungsfront") in das

Titolager einigermaßen gemindert ist, so besteht keineswegs Veranlassung, ruhigen Zeiten entgegenzuträumen. Unruhestiftern im

eigenen Lande muß besondere Wachsamkeit gewidmet werden.

Sie sind es, die nun, da der ursprüngliche Gefahrenherd Deutschland in den Angstvorstellungen der Österreicher keine Rolle mehr

spielt, eine österreichische Wehrmacht mit aller Kraft ihres Propagandaapparates verdammten. Die seit einigen Monaten bestehende

Besatzungssteuer, die nur den riesigen Besatzungskosten der Russen ihre Entstehung verdankt, heißt bei den Kommunisten "Wehrmachts-

steuer". Die Kommunisten glauben auch nicht an das Defizit des Staatshaushalts, sondern erklären unentwegt, der Finanzminister

habe viele Millionen verschwinden lassen, um mit ihnen so schnell wie möglich eine Wehrmacht aus dem Boden zu stampfen.

Die Regierung selbst hat nie Zweifel darüber gelassen, dass sie ein Heer aufstellen wird, sobald es die Verhältnisse und die

Alliierten erlauben. Bundeskanzler Ing. Figl sagte öffentlich, er wolle die Alliierten ersuchen, sie mögen die Vorbereitungen zur

Aufstellung einer Wehrmacht noch während ihrer Anwesenheit gestatten. Ob er mit diesem Wunsche durchgedrungen ist, wurde nicht be-

kannt.

Neunzig Tage nach Unterzeichnung des Staatsvertrages soll der

letzte fremde Soldat österreichischen Boden verlassen haben. Wenn sich auch die Alliierten nicht so weit zurückziehen werden, dass sie nicht innerhalb weniger Viertelstunden ihre alten Stellungen einnehmen könnten, so wird Österreich dennoch verpflichtet sein, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Nach dem Staatsvertragsentwurf stehen Österreich 53 000 Mann Heer (einschliesslich Gendarmerie) und 5 000 Mann Luftwaffe mit 90 Flugzeugen zu.

Das neue Bundesheer stellt ein politisches, ein materielles und ein personelles Problem dar. Wie wird sich der Soldat, der seinem Wesen nach nur bedingt Pazifist sein kann, in eine solche Truppe eingliedern? In welchem Geist wird die Truppe erzogen werden? Sind Persönlichkeiten da, die altösterreichische Tradition mit modernen Anschauungen zu verbinden vermögen?

Die Antwort auf die Frage nach dem Wie lautete zunächst: das Heer müsse demokratisch sein. Die Politiker verstehen darunter Einfluß auf alle Belange der Truppe. Schon heute spricht man von einem Proporz der Parteien in der Führung, etwa so, wie es kürzlich von einer Zeitung berichtet wurde: der Generalstab werde die Domäne der Volkspartei sein, während der Minister ein Sozialist sein solle. Ob man noch rechtzeitig einsieht, daß ein ständiges Auswägen der politischen Einflüsse dem Bundesheere nicht zum Nutzen gereicht, ist beinahe zu bezweifeln.

Auch die Personalfrage ist ein Politikum. Eine erkleckliche Anzahl früherer Angehöriger des Bundesheeres trägt sich mit dem Gedanken, wieder in den alten Beruf zurückzukehren. Entscheidend sind die höheren Führungsstellen. Hier dürften die grössten Schwierigkeiten auftauchen, da zahlreiche ältere Offiziere keineswegs mehr über die Erfahrungen des letzten Krieges verfügen. Mit pensionsreifen Männern baut man in der Regel kein modernes Heer auf. Wenn man an die hohen Verluste denkt, die das Offizierkorps aus dem bis 1938 bestehenden österreichischen Bundesheer im Kriege erlitten hat, so kommt man auf etwa ein halbes Tausend Anwärter auf führende Stellungen in der neuen Truppe, eine Zahl, die dem Soll bei weitem nicht entspricht. Das alte Bundesheer hatte ungefähr 1 200 Offiziere höherer Kategorien. Die Wi-

derstände gegen die Jüngeren, die also erst während des zweiten Weltkrieges in den Offiziersstand aufrückten, sind noch sehr bedeutend. Man begnügt sich aber mit dem Gedanken zu befreunden, daß es ohne die jungen Offiziere nicht gehen wird.

Das neue Heer soll stärker sein als das alte. Seine Schwierigkeiten sind jedoch schon in der Entwicklung ungemein groß, vor allem, wenn man - über alles Materielle, Technische und Organisatorische hinweg- nach den Menschen und ihrem Geist fragt.

- - - - -
Nationalversammlung oder Rätssystem ?
- - - - -

Eine zeitgemäße Erinnerung zum 19. Januar

Wir erhalten die folgende Zuschrift:

Am 19. Januar 1919, also vor 31 Jahren, fanden die Wahlen zur Nationalversammlung der ersten Deutschen Republik statt - kein rundes Jubiläumsdatum, und doch ein Anlaß zu einer kurzen Erinnerung. Damals wie heute ging alles Schonen auf die Erhaltung der deutschen Einheit, auf Freiheit und Frieden. Mit diesen Begriffen wird heute von kommunistischer Seite ein abstoßend verlogenes Spiel gespielt. Man geht unablässig mit dem Glanz und der unbestrittenen Geltung dieser Worte hausieren, will sie aber gerade dadurch systematisch entwerten. Die Gefahr ist groß. So lohnt es sich, vor allem auch angesichts der kommunistischen Aktion für die Herbeiführung einer Einigung Deutschlands im Zeichen der sowjetrussischen Rätediktatur, daran zu denken, dass über eben diese Frage schon damals einmal entschieden worden ist.

Am 9. November 1918 übergab der letzte wilhelminische Reichskanzler Prinz Max von Baden dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Friedrich Ebert die Geschäfte des Reichskanzlers. Am 10. November wählte der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat eine aus sechs Männern (Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth) bestehende provisorische Regierung, die sich "Rat der Volksbeauftragten" nannte. Am 16. Dezember trat ein "Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands" zusammen, der

rund 500 Mitglieder zählte. Unter ihnen waren nicht wenige "wilde Männer", die kein politisches Gesicht hatten und ihre Mandate

lediglich den brodelnden Zufälligkeiten der überall gärenden Umbruchsstimmung verdankten. Diese, sowie die Anhänger des Spartakusbundes und der USPD sorgten dafür, daß die Beratungen des Kongresses dauernd von revolutionären Spannungen erfüllt blieben und möglichst oft durch eindringende Delegationen und ähnliche Zwischenfälle gestört wurden.

Führend in dieser Hinsicht war vor allem Wilhelm Pieck, heute Präsident der pseudo-deutschen Ostregierung, der als Führer einer Deputation und unter Hinweis auf die angebliche Unterstützung durch eine Viertelmillion Berliner Arbeiter mit handfesten Drohungen an den Kongress Forderungen überbrachte, deren Verwirklichung nach den Worten eines anderen Sprechers dieser Abordnung die Verewigung des Räteystems und die Verhinderung einer Nationalversammlung bilden sollte und gebildet hätte.

Aber der Kongress ließ sich nicht unter Druck setzen. Am anderen Tage lag ihm ein Antrag vor, der die Unterschriften der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion trug und dessen Hauptsätze lauteten:

1. Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.
2. Der Kongress bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die parlamentarische Überwachung des Kabinetts ausübt.

gez. Kahmann Lüdemann Severing

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und als Termin für die Wahl der Nationalversammlung der 19. Januar 1919 bestimmt.

Damit war entschieden, daß die verfassungsmässige Gestaltung der Republik durch eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Versammlung erfolgen sollte. Dem stark unter spartakistischen Einflüssen stehenden radikalen Flügel des Kongresses (aus dem Spartakusbund ging Anfang 1919 die Kommunistische Partei hervor) gefiel dies Beschluß jedoch nicht. Seine Vertreter verlangten stürmisch eine ausdrückliche Entscheidung über die Frage: Nationalversammlung oder Räteystem? Die Abstimmung erfolgte durch Namensaufruf am Nachmit-

tag des 19. Dezember. Der Antrag des Unabhängigen Sozialisten Däumig daß "unter allen Umständen an dem Räte-system als Grundlage der Vor-fassung der sozialistischen Republik festgehalten" wird, vorfiel mit 344 gegen 98 Stimmen der Ablehnung.

Während unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches am 9. November 1918 die Übergrosse Mehrheit des deutschen Volkes unzweifelhaft bereit war, die Regierungsmacht und den Aufbau eines Volksstaates der Sozialdemokratie anzuvertrauen, haben die terroristischen Unternehmungen der USPD und die blutigen Aufstände der Spartakisten um die Jahreswende die ewig schwankenden Mittelstände so verängstigt, daß die bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung über eine erhebliche Mehrheit verfügten, auch wenn die Sozialdemokratie mit weitem Abstand die stärkste Partei wurde. Übrigens hat es niemals eine sozialdemokratische Mehrheit gegeben.

Wieder Galgen in Russland

sp. Das Präsidium des Obersten Sowjets hat für "Verräter an der Heimat, Spione und Saboteure" die Todesstrafe wieder eingeführt, die während der inneren Befriedungsperiode der ersten Nachkriegsjahre abgeschafft worden war. Selbstverständlich ist der Oberste Sowjet nicht von sich aus zu diesem Schritt gekommen, sondern er hat einem Verlangen der "demokratischen Massenorganisationen" entsprochen, wie Gewerkschaften, Bauernorganisationen und, damit auch die Intellektuellen-Schicht nicht fehle, von Persönlichkeiten (auch so etwas gibt es in Russland) des kulturellen Lebens.

Die Wiedereinführung der Todesstrafe in Sowjetrußland ist für die Justizpraxis ohne Bedeutung. Denn wer etwa bezweifeln wollte, dass in der henkerlosen Zeit in Russland weniger Feinde des Regimes ihrer Überzeugung wegen gestorben sind als früher oder als jetzt sterben werden, setzt sich dem Vorwurf der Naivität aus. In einem Polizeistaat gibt es unbegrenzte Möglichkeiten, einen Menschen auch ohne Todesurteil sterben zu lassen. Niemand hat das von 1933 bis 1950 aus der Nähe besser beobachten können als die Deutschen. Die kürzliche Meldung, dass von 38 in Sachsenhausen eingelieferten Jugendlichen, die zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, inzwischen 22 an Tbc gestorben sind, beweist drastisch den Geist einer Justiz, die offiziell auf den Henker verzichtet hatte.

Dennoch drängt sich die Frage auf, warum der Kreml ausgerechnet in diesem Augenblick seinen Untertanen wieder mit dem öffentlichen Galgen winkt. Ist etwa die Zahl der "Verräter an der Heimat" so gestiegen, dass man ihrer nurmehr mit dem äussersten Mittel der Justiz Herr wird? Will man die Moral in der Steppe deshalb festigen, weil man im Hinterlande Ruhe braucht, um ausserhalb der Landesgrenzen konzentrierter vorgehen zu können? Oder will man damit dartun, dass es von nun an an der Sowjetunion demokratischer zugehen werde? Der Galgen als Zeichen einer Demokratisierung - das wäre die treffendste Ergänzung zu Hammer und Sichel.

-dt.